Zeitschrift: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

Herausgeber: Kanton Bern

Band: - (1925)

Artikel: Bericht des Regierungspräsidiums

Autor: Tschumi / Merz / Bösinger

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-417022

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bericht

über die

Staatsverwaltung des Kantons Bern

für

das Jahr 1925.

Bericht des Regierungspräsidiums.

Regierungspräsident:	Vom 1. Januar bis 31. Mai:	Regierungsrat Dr. **Tschumi.**
	Vom 1. Juni bis 31. Dez.:	Regierungsrat **Merz.**
Vizepräsident des Regierungsrates:	Vom 1. Januar bis 31. Mai:	Regierungsrat **Merz.**
	Vom 1. Juni bis 31. Dez.:	Regierungsrat **Bösiger.**

Volksabstimmungen.

Im Berichtsjahre fanden vier kantonale und drei eidgenössische Abstimmungen statt.

A. Kantonale Volksabstimmungen.

Am 1. Februar kam zur Abstimmung das Volksbegehren auf Abänderung von Art. 19 der Staatsverfassung (Schweizerbürgerinitiative). Das Begehren wurde mit 50,167 gegen 45,550 Stimmen abgelehnt. Gesamtzahl der Stimmberechtigten 180,249; Beteiligung 53,5 %.

Am 26. April folgte die Abstimmung über den Beschluss betr. Aufnahme eines Anleihens von 12 Millionen Franken für die Beteiligung des Staates am Oberhasli-Kraftwerk. Der Beschluss wurde angenommen mit 43,773 gegen 18,290 Stimmen; Stimmberechtigte 180,458; Beteiligung 34,5 %.

Am 28. Juni wurde der Entwurf für eine teilweise Abänderung des Steuergesetzes vom 7. Juli 1918, mit 47,845 gegen 41,442 Stimmen verworfen. Stimmberechtigte 180,513, Beteiligung 49,7 %.

Am 6. Dezember kamen zwei Vorlagen zur Volksabstimmung: Der Entwurf zu einem Gesetz betr. die Fortbildungsschule für Jünglinge und das hauswirtschaftliche Bildungswesen wurde mit 62,151 gegen 27,649 Stimmen angenommen; desgleichen wurde angenommen der Entwurf zu einem Gesetz betr. Ergänzung des Gesetzes über die Versicherung der Gebäude gegen Feuersgefahr, und zwar mit 65,155 gegen 23,699 Stimmen. Stimmberechtigte 183,088; Beteiligung 51,3 %.

B. Eidgenössische Volksabstimmungen.

Das Schweizervolk wurde dreimal an die Urnen gerufen.

Am 24. Mai kam zur Abstimmung das Volksbegehren um Aufnahme eines Art. 34quater in die Bundesverfassung betr. Invaliditäts-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung (Initiative Rothenberger). Auf dieses Begehren vereinigten sich im Kanton Bern 45,158 Ja und 58,607 Nein. Stimmbeteiligung 57,1 %.

Am 25. Oktober unterstand dem Volksentscheid der Bundesbeschluss betr. Aufnahme eines Art. 69ter in die Bundesverfassung betr. Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer. Im Kanton Bern wurden abgegeben 67,707 Ja und 38,128 Nein. Stimmbeteiligung 61,1 %.

Am 6. Dezember wurde abgestimmt über den Bundesbeschluss betr. Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (Aufnahme eines Art. 34quater und eines Art. 41ter in die Bundesverfassung); es ergaben sich 68,403 Ja und 27,700 Nein; Stimmbeteiligung 52,8 %.

Vertretung des Kantons Bern in der Bundesversammlung.

Als *Ständeräte* wurden für die Amtsperiode vom 1. Dezember 1925 bis 30. November 1926 vom Grossen Rat am 18. November 1925 gewählt: Reg.-Rat Dr. C. Moser in Bern und Fürsprech P. Charmillot in St. Imier.

Am 25. Oktober 1925 fand die *Gesamterneuerungswahl des Nationalrates* statt. Der Wahlkreis Kanton Bern hatte 34 Mitglieder zu wählen. Sieben Parteien hatten insgesamt 121 Kandidaten aufgestellt. Es fielen zu:

1. der Freiwirtschaftlichen Partei	0 Sitze
2. der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei.	14 »
3. der Freisinnig-demokratischen Partei und Fédération libérale jurassienne	6 »
4. der Sozialdemokratischen Partei	12 »
5. der Katholischen Volkspartei	2 »
6. der Kommunistischen Partei	0 »
7. der Jurassischen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei	0 »

Grosser Rat.

Der Bestand der Behörde erlitt im Berichtsjahre folgende Veränderungen: Verstorben sind die früheren Mitglieder: H. Berger, Linden, und P. Bratschi, St. Stephan; ausgetreten sind: E. Cattin, La Ferrière, G. Clémençon in Grandval, G. Montandon, Biel, A. Rieben, Lenk, H. Anderegg, Worb, und E. Kohler, Wynau. Neu in den Rat eingetreten sind: J. Reinmann in Interlaken, F. Stucki, Grosshöchstetten, M. Walther in Courrendlin, M. Grosjean in Orvin, L. Marchand in Court, A. Sury in Biel, P. Bratschi in Bern, Dr. F. Marbach in Bern und F. Meyer in Roggwil.

Ein Mitglied ist an sämtlichen Sitzungen ohne Entschuldigung ausgeblieben.

Der Rat hielt 5 Sessionen mit insgesamt 27 Sitzungen ab.

Folgende wichtigeren Geschäfte wurden behandelt:

1. Gesetze. Gesetz betreffend die Fortbildungsschule für Jünglinge und das hauswirtschaftliche Bildungswesen; Gesetz betreffend Ergänzung des Gesetzes über die Kantonale Versicherung der Gebäude gegen Feuersgefahr; Gesetz betreffend Abänderung einzelner Bestimmungen des Gesetzes über die direkten Steuern; Gesetz betreffend die Beitragsleistung an die Arbeitslosenkassen (erste Beratung);

2. Dekrete. Tarif betreffend die fixen Gebühren der Amtsschreibereien, Dekret über das öffentliche Verurkundungsverfahren bei Übertragung des Eigentums an kleinen Grundstücken, Dekret betreffend Abänderung des Dekretes über die Verwaltung der kantonalen Brandversicherungsanstalt.

3. Motionen, Interpellationen und einfache Anfragen. Es wurden 17 Motionen behandelt und 17 Interpellationen und einfache Anfragen beantwortet.

4. Andere Geschäfte. Als andere wichtigere Geschäfte seien erwähnt: der Beschluss betreffend Aufnahme eines Anleihens von 12 Millionen Franken zum Zwecke der Beteiligung des Staates am Bau der Oberhasli-Kraftwerke, die Kreditbewilligungen für den Bau der jurassischen landwirtschaftlichen Schule in Delsberg.

Unerledigte Geschäfte. Am Schlusse des Berichtsjahres waren noch nicht behandelt die Entwürfe zu einem neuen Gesetz über das Strassenwesen und zu einem Dekret betreffend die Umlegung von Baugelände.

Regierungsrat.

Vom 1. Januar bis 31. Mai amtete als Regierungspräsident der Direktor des Innern, Dr. H. Tschumi, als Vizepräsident Unterrichtsdirektor Merz. In der zweiten Hälfte des Jahres übernahm Vizepräsident Merz das Präsidium, während Baudirektor Bösiger als Vizepräsident gewählt wurde.

Das abgelaufene Verwaltungsjahr trug weder im Guten noch im Schlimmen besondere Merkmale an sich, es verlief ruhig und brachte der Verwaltung keine ausserordentlichen Aufgaben. Die vom Regierungsrat schon früher aufgenommene Prüfung der gesamten Staatsverwaltung auf die Möglichkeit von Vereinfachungen und Ersparnissen wurde im Berichtsjahre infolge der bezüglichen Beschlüsse des Grossen Rates auf breiterer Grundlage weitergeführt. Zur Vorbereitung der daherigen Geschäfte wurde die schon bestehende viergliedrige Delegation des Rates in Anspruch genommen. Die Ergebnisse der Arbeiten und die Beschlüsse des Regierungsrates wurden der grossrätlichen Kommission vorgelegt, welche sich ihrerseits zu sechs Plenarsitzungen und zahlreichen Sitzungen von Subkommissionen besammelte und dem Grossen Rate in der Novembersession einen ersten Bericht erstattete. Wenn auch gesagt werden darf, dass durch die gemeinsame Aktion von Grossem Rat und Regierungsrat eine Reihe von Vereinfachungen und Ersparnissen erreicht wurde, so kann doch anderseits nicht übersehen werde, dass die ganze Reformaktion keine umstürzenden oder sehr tiefgreifenden Ergebnisse zeitigen wird, und zwar deshalb nicht, weil die bernische Staatsverwaltung schon bisher äusserst einfach organisiert und mit Personal und Material bescheiden ausgestattet war. Doch liegt auch in der Feststellung dieser Tatsache ein Gewinn und eine gewisse Abklärung.

Der Regierungsrat hielt im Berichtsjahre 102 Sitzungen ab, in denen 5581 Geschäfte behandelt wurden.

Bezirksbeamte.

Auf Ende Juli trat der Regierungsstatthalter von Schwarzenburg, A. Kohli, von seinem Amte zurück, das von Gesetzes wegen auf den Gerichtspräsidenten dieses Amtes, Notar K. Staub, überging. — Desgleichen demissionierte auf Ende Oktober der Regierungsstatthalter von Trachselwald, J. Lüthy, wo ebenfalls der Gerichtspräsident die Verrichtungen des Statthalters übernahm; auf Ende Jahres demissionierte jedoch auch Gerichtspräsident Eggimann, worauf als Inhaber der beiden vereinigten Ämter gewählt wurde: Fürsprech Ad. Bähler in Belp.

Durch Ersatzwahlen neu besetzt wurden die Gerichtspräsidentenstellen von Pruntrut und Konolfingen. In den Amtsbezirken Schwarzenburg und Fraubrunnen wurden Neuwahlen für die vereinigten Stellen des Gerichtsschreibers und Betreibungsbeamten getroffen.

Ersatzwahlen für Amtsrichter fanden statt in den Amtsbezirken Konolfingen, Courtelary (2), Neuenstadt und Signau; für Amtsgerichts-Ersatzmänner in Aarberg, Laupen, Wangen, Konolfingen, Courtelary und Signau.

Staatskanzlei.

Über den Geschäftsgang der Staatskanzlei geben u. a. folgende Ziffern Auskunft:

An die Direktionen überwiesene Geschäfte .	4,347
Überweisungen an den Grossen Rat	290
Ausführung von Drucksachenbestellungen . .	3,422
Legalisationen von Unterschriften	23,050
Veröffentlichungen im Deutschen Amtsblatt .	542

Die französische Abteilung der Staatskanzlei besorgte ihrerseits ungefähr 1850 Geschäfte, wovon 760 des Regierungsrates und zirka 1100 des Grossen Rates und der Direktionen, sowie eine beträchtliche Zahl von Publikationen im Amtsblatt.

Staatsarchiv.

Ausser den regelmässigen Eingängen und einigen antiquarischen Erwerbungen ist im Berichtsjahr ein grösserer Zuwachs aus den Archiven der Direktionen und der Bezirksbehörden nicht zu verzeichnen. Gegen Jahresende wurde noch eine beträchtliche und wertvolle Bereicherung des Staatsarchivs angekündigt, indem das Archiv der Familie von Hallwyl gemäss Vereinbarung zwischen dieser Familie und dem Regierungsrat des Kantons Aargau aus dem Staatsarchiv in Aarau in dasjenige von Bern überführt werden soll. Massgebend für diesen Entschluss der Familie war die Erwägung, dass für die spätere, wissenschaftliche Benützung des reichhaltigen Urkundenmaterials in Bern, als einer Universitätsstadt, wesentliche Vorzüge vorhanden seien. Der Regierungsrat ordnete die nötigen Vorbereitungen für die geeignete und würdige Unterbringung dieser neuen Abteilung an; die Angelegenheit wird erst 1926 ihren Abschluss finden.

Die Arbeiten für Neu- oder Einordnung früher eingelangter Bestände erstreckten sich namentlich auf folgende Abteilungen: Akten der Domänendirektion; Akten betreffend Kirchenwesen 1831/46; Akten der Insel und des Ausserkrankenhauses zumeist des 19. Jahrhunderts (115 Mappen); Instandsetzen eines Restes beschädigter Urkunden dieser Anstalten, sowie ihres grossen Besitzes an ältern und neuern Plänen über Liegenschaften und Gebäude; Sichtung von Akten aus den Bezirksarchiven von Erlach, Münster und Oberhasli. Dazu kam im ehemaligen fürstbischöflichen Archiv (Käfigturm) die vollständige Neuordnung von 10 Haupt- oder Unterabteilungen sowohl der Spiritualia als der Temporalia. Die früher bearbeiteten Abteilungen: Münstertal, die Herrschaft und Grandisvallense Monasterium erhielten aus ältern Beständen des Bezirksarchivs Ergänzungen. In der Bibliothek wurden Katalogisierungsarbeiten fortgesetzt und die Abteilungen: Justiz, Polizei, Gemeindewesen des Kantons Bern, sowie Militärwesen revidiert. Bitter empfunden wird das Fehlen einer besondern Arbeitskraft für die Besorgung der Bibliothek und der Drucksachen, denn die Rats- und Archivbibliothek, inbegriffen die kantonale Militärbibliothek und die Zeitungssammlung, zählt rund 12,000 Bände, ohne die kleinen Druckschriften.

Für amtliche Zwecke erstattete das Staatsarchivariat Berichte über folgende Angelegenheiten: Gemeindeverhältnisse von Gross-Gümmenen; historische Entwicklung der bernisch-freiburgischen Grenze bei Ferenbalm und Kallnach; die zu Armenzwecken bestimmte Waldung von Dieterswil; Fischereirecht des Lobsigenseeleins; Wasserwerke an der Birs unterhalb Grellingen; Baugeschichte der Kirchen zu Stettlen und Utzenstorf und des Schlosses Pleujouse. Für auswärtige, zum Teil ausländische Historiker wurden Nachforschungen angestellt in folgenden Gebieten: die deutsch geschriebenen Urkunden des Staatsarchivs bis 1300; Entwicklung des bernischen Pulverregals; ein Spionagehandel 1529/30; Einführung der Weissgerberei in Bern; Seidenspinnerei im Fürstbistum Basel im 17. u. 18. Jahrhundert; Beziehungen von Bern mit Ostpreussen, Polen und Litauen im 18. Jahrhundert; englische Werbungen für Ostindien und Amerika 1781/82; der Maler und Kupferstecher Gottlieb Emanuel Wysard. Verschiedene Besteller liessen durch eine geeignete Aushilfskraft umfangreiche Abschriften anfertigen betreffend aargauische Rechtsquellen, das Messerschmiedehandwerk, das bernische Salzwesen zu Ende des 18. Jahrhunderts, Alpen im Saanenland usw.

Die Benützung des Staatsarchivs durch Amtspersonen, Studierende, Geschichtsfreunde, Wappensucher, Familienforscher war beständig eine lebhafte.

Bern, im Februar 1926.

Der Regierungspräsident:
Merz.

Vom Regierungsrat genehmigt am 12. April 1926.

Test. Der Staatsschreiber: **Rudolf.**